



HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

betreffend Fluglärmmonitoring und Gesundheitsschutz

Vorbemerkung:

Am 23. und 24. September 2010 führten die Ausschüsse für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung und der Sozialpolitische Ausschuss des Landtags eine öffentliche Fachanhörung unter dem Titel: „Fluglärmmonitoring und Gesundheitsschutz im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main“ durch, die von allen Beteiligten als sehr ertragreich bewertet wurde und die trotz unterschiedlicher Auffassungen im Einzelnen als Ergebnis das gemeinsame Ziel ergab, für das Umfeld des Flughafens Frankfurt zeitnah eine eigene Studie zur Fluglärmbelastung der Bevölkerung zu erstellen. Einigkeit bestand ebenfalls darin, noch vor dem angekündigten Betriebsbeginn der im Bau befindlichen Landebahn Nordwest durch eine erste Studie mit aktueller Datenaufnahme einen Status quo ante zu erfassen und zu bewerten.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bedankt sich ausdrücklich bei allen Vertreterinnen und Vertretern aus der Wissenschaft und den Kommunen sowie von Institutionen und Initiativen für ihre Beiträge zur Anhörung „Fluglärmmonitoring und Gesundheitsschutz im Rhein-Main Gebiet“. Er stellt fest, dass die Bedeutung einer spezifischen Fluglärmstudie für den Flughafen Frankfurt durch diese Veranstaltung nachdrücklich unterstrichen wurde und erwartet, dass die Erkenntnisse aus der Anhörung in die Vorarbeiten zur Planung einer solchen Studie einfließen.
2. Der Landtag erwartet von Vorstand und Koordinierungsrat des Forums Flughafen und Region (FFR) und insbesondere vom Umwelt- und Nachbarschaftshaus (UNH), dass die Auswertung der laufenden Ausschreibung zum Studiendesign die Erkenntnisse der Anhörung des Landtags berücksichtigt; er fordert die Landesregierung auf, entsprechend tätig zu werden.
3. Der Landtag sieht es als notwendig an, mit klarer Priorität die Belastung der Bevölkerung im Rhein-Main Gebiet durch Fluglärm und dessen gesundheitlichen Auswirkungen zu untersuchen und die Untersuchungsergebnisse der Öffentlichkeit zeitnah zur Verfügung zu stellen. Vergleichende Studien mit der Fluglärmsituation anderer Flughäfen oder der Lärmbelastung durch andere Verkehrsträger sind willkommene Ergänzungen einer solchen Untersuchung. Insoweit empfiehlt der Landtag einen modularen Aufbau der Studien, damit Handlungsbedarf ohne Zeitverzögerung erkannt und ggf. notwendige Maßnahmen eingeleitet werden können.
4. Der Landtag hält es für geboten, an der Erstellung der einzelnen Module der Studie sowohl die Kommunen in der Umgebung des Flughafens als auch Umweltverbände und Bürgerinitiativen neben der Luftverkehrswirtschaft angemessen zu beteiligen. Darüber

hinaus erachtet es der Landtag als selbstverständlich, ein Gremium ausgewiesener Fachleute zur Qualitätssicherung schon bei der Entscheidung über das Studiendesign und weiterhin während der Erarbeitung der Studien fortlaufend zu beteiligen.

5. An der Finanzierung der Studien sollen sich neben dem Land und / oder der Stiftung Flughafen und Region auch die betroffenen Kommunen sowie die Fraport AG angemessen beteiligen.

Wiesbaden, den 28. September 2010

Der Fraktionsvorsitzende

Tarek Al-Wazir